

November 2008

In den letzten Monaten ist die Welt von zwei schweren Krisen erschüttert worden. Die erste ist eine militärische Krise mit politischen Auswirkungen auf regionaler Ebene und steht im Zusammenhang mit dem Konflikt zwischen Russland und Georgien. Die zweite ist eine finanzielle Krise mit weltweiten wirtschaftlichen Folgen und steht im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch zahlreicher riesiger Bankinstitute und der Börsen überall auf der Welt. Es handelt sich um zwei Krisen mit schweren, jedoch sehr unterschiedlichen Auswirkungen auf unsere Länder; beide sind das Ergebnis der derzeitigen tief greifenden Veränderungen im Rahmen des globalen Gleichgewichts und beide haben dazu beigetragen, den Schleier zu lüften, der das Ende des amerikanischen Unipolarismus bisher verhüllt hat, und haben somit neue, noch schwer zu definierende Szenarien eingeleitet.

Eines ist sicher. Die von den Vereinigten Staaten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion verfolgte Strategie hat sich nicht nur erschöpft, sondern sie ist in ihrem Kern gescheitert. In der Tat ist das wesentliche Ziel dieser Strategie, nämlich die Bewahrung der amerikanischen Hegemonie, nicht erreicht worden, weil andere aufstrebende Mächte den USA die internationale Führungsrolle inzwischen streitig machen und das von den Vereinigten Staaten verkörperte Modell der bestimmenden Weltmacht insofern in eine Krise geraten ist, als seine eigenen Grenzen deutlich geworden sind und es immer weniger konsensfähig ist. Wirtschaftlich und finanziell gesehen hat der amerikanische Versuch, sich im Hinblick auf die Nutzung der aufstrebenden Märkte der eigenen Überlegenheit zu bedienen, nicht der Fähigkeit der größten dieser Märkte – insbesondere des chinesischen Marktes – Rechnung getragen, die Logik des freien Welthandels zu ihrem eigenen Vorteil zu nutzen. Mit der Verfolgung ihres anmaßenden Plans, auf strategisch-militärischem Gebiet die globale Hegemonie zu erlangen, haben sich die Vereinigten Staaten der Möglichkeit beraubt, mit anderen Staaten, die – wenn auch nur im regionalen Rahmen – Einfluss ausüben können, als gleichberechtigten Partnern zusammenzuarbeiten. Bei dieser Strategie ging es im Kern um Aufrüstung und darum, die militärische Kluft zum Rest der Welt weiter zu vertiefen und somit in erster Linie die Kontrolle über die für die Energiereserven strategisch wichtige Region des Nahen und Mittleren Ostens anzustreben und Russland – die einzige Nuklearmacht, die in der Lage ist, Washington entgegenzutreten – zu isolieren und zu neutralisieren und sich zu diesem Zweck die Erweiterung der Europäischen Union und der NATO zunutze zu machen. Wenn das Scheitern der amerikanischen Politik im Nahen und Mittleren Osten für jedermann offensichtlich ist, so hat Russland seinerseits mit dem Eingreifen in Georgien endgültig den Beweis dafür geliefert, dass der Versuch, es in einer untergeordneten Position zu halten, nicht funktioniert hat. Im Übrigen hat dieses Eingreifen deutlich gemacht, dass Amerika jenseits von Grundsatzklärungen nicht in der Lage ist, die eigenen Verbündeten zu schützen, da es sich bereits an einer anderen Front engagiert, und war diesbezüglich ein eindeutiges Signal an die osteuropäischen Länder.

Russland hat somit in dieser Krise einmal mehr den Nachweis dafür erbracht, dass es den Status als Regionalmacht wieder erlangt hat und entschlossen ist, sein Gewicht mit Nachdruck in der Weltpolitik zur Geltung zu bringen. Es hat den amerikanischen Plan vereitelt, es mittels der NATO einzukreisen, weil es ihm gelungen ist, wieder privilegierte Beziehungen zu einigen der Länder – wie etwa Kasachstan – anzuknüpfen, aus denen die USA eigene Verbündete zu machen hofften, und weil das "alte Europa" an einem gewissen Punkt sich dafür entschieden hat, die Politik der Vereinigten Staaten nicht bis zum Letzten mit zu tragen und im Zusammenhang mit dem Eintritt der Ukraine und Georgiens in die Atlantische Allianz auf Zeit zu spielen. Darüber hinaus hat Moskau, indem es seine Kontrolle über Südossetien und Abchasien gefestigt hat, endgültig den amerikanischen Plan zum Scheitern verurteilt, der darauf abstellte, seine Kontrolle auf das Schwarze Meer und die Gaspipelines zu begrenzen, die den Westen beliefern, und hat damit einer autonomen und stärker diversifizierten europäischen Energiepolitik indirekt einen schweren Schlag versetzt.

Dies alles bedeutet nicht die Rückkehr zu einem Klima der Spannungen, wie es zu Zeiten des Kalten Krieges geherrscht hat. Zum einen gibt es den Zusammenprall der Ideologien nicht mehr, der in jenen Jahren die Teilung der Welt in deutlich voneinander abgegrenzte und sich feindlich gegenüber stehende Blöcke widerspiegelte und noch verschärfte; vor allem aber gibt es inzwischen eine Vielzahl großer Staaten, die als Regionalmächte zunehmend an Bedeutung gewinnen und nicht auf eine bipolare Konfrontation, sondern auf einen Multipolarismus zusteuern, dessen Umrisse noch schwer auszumachen sind. Zudem sind die Vereinigten Staaten ungeachtet ihres Machtverlustes

jedem anderen Land auf der Welt wirtschaftlich, technologisch und militärisch immer noch überlegen und sind der wesentliche Bezugspunkt für das globale Gleichgewicht. Russland kann daher nicht mehr danach trachten, wieder zu einer Macht aufzusteigen, die in der Lage ist, den Vereinigten Staaten weltweit Paroli zu bieten – und es hat auch tatsächlich kein Interesse daran, ein solches Ziel zu verfolgen. Über all dem darf man jedoch nicht aus den Augen verlieren, dass Russland nicht nur als Rohstofflieferant ein großes wirtschaftliches Gewicht hat, sondern darüber hinaus auch die zweitstärkste Nuklearmacht auf dem Planeten ist und eine Bedrohung für Amerika darstellen kann, und dass ein Abkommen mit Moskau eine potentiell wirksame Lösung für das Problem der Verbreitung von Kernwaffen und des Abbaus der Kernwaffenarsenale sein kann; auch dürfen die Europäer nicht vergessen, dass es gerade ihr Kontinent ist, auf dem sich die Spannungen konzentrieren können, und zwar aus denselben geostrategischen Gründen, die während des Kalten Krieges zum Tragen kamen und die heutzutage aufgrund der umfassenden Abhängigkeit unserer Länder vom russischen Gas in verstärktem Maße gelten.

Somit ist völlig unzweifelhaft, welches Anliegen Europa in diesem sich abzeichnenden neuen globalen Umfeld verfolgt. Der Gegensatz zwischen den USA und Russland stellt eine sehr schwer wiegende Bedrohung dar, und vorrangiges Ziel Europas muss es sein, so zu handeln, dass diese Bedrohung vermieden wird; dies erfordert vonseiten der Europäer eine Neudefinition ihrer Beziehungen zu beiden nuklearen Supermächten. Was die Vereinigten Staaten betrifft, so geht es darum, eine neue Partnerschaft in die Wege zu leiten. Amerika selbst hat zunächst das Problem, dass es die eigenen Beziehungen zu Europa überdenken muss, deren Ausgestaltung jedoch in erster Linie von der Fähigkeit der Europäer abhängen wird, ein politischer Pol zu werden, der bereit und in der Lage ist, Verantwortung zu übernehmen und eine wichtige Rolle im Rahmen des globalen Mächtegleichgewichts zu spielen. Solange Europa politisch schwach ist und über keine wirklich einheitliche Außen- und Verteidigungspolitik verfügt, hat es der Welt nichts zu bieten, sondern stellt ein Problem dar und wird insbesondere die Vereinigten Staaten veranlassen, die Gewährleistung der europäischen Sicherheit notwendigerweise zu einem Grundelement der eigenen internationalen Politik zu machen; dies ist eine Last, die Amerika nicht mehr in der Lage ist zu schultern und die es erdrücken könnte. Das enorme Risiko besteht darin, dass die Europäer sich dieses Umstands nicht bewusst sind und nicht dementsprechend handeln, um endlich jenen politischen Sprung nach vorne zu machen, der allein ihre Autonomie gewährleisten kann und der die Schaffung eines Bundesstaates impliziert. Selbst für Russland wäre die Existenz eines starken Europas an seinen Grenzen von erheblichem Nutzen: das europäische Machtvakuum nährt in der Tat die in der politischen Geschichte Russlands traditionell vorhandenen sehr aggressiven Tendenzen und schwächt damit die Chancen für eine demokratische Entwicklung der Institutionen und der Gesellschaft dieses großen europäisch-asiatischen Landes und verstärkt die autokratische Regierungslinie. Zudem darf nicht vergessen werden, dass Russland inzwischen ein Interesse daran hat, sich in umfassender Weise an den Westen zu binden, und dass der einzig gangbare Weg dahin über Europa führt. Damit die Europäer dieser wichtigen Rolle nachkommen können, müssten sie auf dem Kontinent allerdings eine kohärente und verantwortungsvolle Politik verfolgen, die derzeit im Rahmen der Europäischen Union mit 27 Mitgliedstaaten schlichtweg undenkbar ist.

Die Schaffung eines Europäischen Bundesstaates bildet seit vielen Jahrzehnten ein Erfordernis für die Europäer und den Rest der Welt. Insbesondere war das Fehlen eines wirklichen europäischen Pols im Rahmen der internationalen Beziehungen in den letzten Jahren einer der entscheidenden Gründe für die zunehmenden Schwierigkeiten der Vereinigten Staaten, die gezwungen sind, eine Rolle als politische, wirtschaftliche und kulturelle Weltmacht zu spielen, die sie auf Dauer nicht ausfüllen können. Jetzt ist nicht die Zeit, um sich – wie einige europäische Regierungen dies anscheinend tun – über die amerikanische Schwäche zu freuen und darauf zu hoffen, dass die eigene Rolle der EU oder der einzelnen Staaten auf der internationalen Bühne gestärkt wird. Es wird nicht so sein, dass die Europäer relativ gesehen vielleicht etwas mehr Macht gewinnen; vielmehr wird der gesamte Westen de facto an Macht einbüßen im Vergleich zum Rest der Welt. Und im Westen wird es die Masse der Europäer sein, die – aufgesplittert in viele anachronistische und ihren Aufgaben nicht gerecht werdende Staaten – unweigerlich den höchsten Preis für diese neue Situation zahlen muss.

Die Europäer bleiben indessen aus historischen und geografischen Gründen schicksalhaft mit den Vereinigten Staaten und Russland verknüpft: mit den Vereinigten Staaten aufgrund der positiven Rolle, die sie zusammen weltweit spielen könnten, um einen Beitrag zur Entschärfung der globalen Krisen zu leisten, die auf der Menschheit lasten; mit Russland aufgrund der Bedeutung, die dessen Anbindung an den Westen für die Sicherheit und den Frieden auf der Welt hat. Die künftige Rolle Amerikas und die Aussicht auf Anbindung Russlands hängen jedoch heute mehr denn je von der Fähigkeit der Europäer ab, einen starken Bundesstaat zu schaffen, der sich natürlich auf einen ersten Kern von Staaten stützen wird, die zu einem solchen Schritt bereit sind.

Publius

Unter der Federführung der Stiftung Mario und Valeria Albertini

Editrice EDIF, via Villa Glori, 8 - I-27100 Pavia - E-mail: publius@euraction.org
Direttore responsabile Elio Cannillo - Autorizzazione Tribunale di Pavia n. 574 del 9 settembre 2002
Stampatore PIME SRL, Pavia - Poste Italiane s.p.a., Spedizione in Abbonamento Postale D.L. 353/2003
(conv. in L. 27/02/2004 n. 46) art. 1, comma 2, DCB Pavia
www.euraction.org